

Bühl-Altschweier (red). Ein Bett, zwei Quadratmeter zum Schlafen und zum Leben, keine Privatsphäre: So leben Flüchtlinge in einem alten Hangar auf der Insel Malta, teilweise über ein Jahr lang. Die Landtagsabgeordnete Beate Böhlen von Bündnis 90/Die Grünen berichtete in Altschweier von den Eindrücken eines Besuchs auf der Mittelmeerinsel, während der Bühler Bürgermeister Wolfgang Jokerst über die Situation von Flüchtlingen in der Zwetschgenschstadt informierte.

Böhlen ist Vorsitzende des Petitionsausschusses des Landtags und gehört der Projektgruppe „Flüchtlinge“ der grünen Landtagsfraktion an. Im vergangenen Jahr machte sie sich zusammen mit anderen Parlamentariern aus Stuttgart ein Bild von der Situation von Flüchtlingen auf Sizilien und auf Malta. „Wir waren geschockt“, so Beate Böhlen bei dem vom Ortsverband der Grü-

nen und der Grün-Alternativen Liste veranstalteten Informationsabend. Verärgert zeigte sich Böhlen über die von CDU-Fraktionschef Peter Hauk befeuerte Debatte um die sofortige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten, etwa aus den Balkanstaaten – selbst im Winter. Mit solchen Aussagen dürfe keine Stimmung gemacht werden, jeder Einzelfall müsse geprüft werden.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg zählte 2014 etwa 26 000 Flüchtlinge, die im Land um Asyl baten. Ihre erste Anlaufstelle sind zentrale Heime für die Erstaufnahme, etwa in Karlsruhe.

Von dort kommen sie in die Landkreise und Kommunen. „Wir sind hier im Landkreis sehr gut aufgestellt“, so die Einschätzung der grünen Landtagsabgeordneten vor rund 30 Zuhörern in Altschweier. „Da hat Bühl eine Vorreiterrolle gespielt.“ In der Zwetschgenschstadt leben derzeit gut 100 Flüchtlinge in einer Unterkunft, die die Stadt schon frühzeitig dem Landkreis angeboten hatte. „Wir sind hier in die Offensive gegangen“, so Bürgermeister Wolfgang Jokerst. Zugleich habe die Stadt in Zusammenarbeit mit den Kirchen einen Unterstützernetzwerk gegründet, der mehr als 80 Mitglieder hat. „Mit diesem Schritt haben wir das Eis gebrochen

und andere Kommunen haben auch Gebäude bereitgestellt“, so Jokerst.

Die ehrenamtlichen Helfer kümmern sich um Sprachkurse und helfen bei Behördengängen, bieten Hausaufgabenbetreuung oder Freizeitangebote an. Eine Gruppe repariert Fahrräder, die den Flüchtlingen dann zur Verfügung gestellt werden. Künftig soll es eine Reparaturwerkstatt für Fahrräder geben, in denen die Flüchtlinge selbst mitarbeiten können. Jokerst berichtete, dass die Stadt zusammen mit dem Landkreis, der Arbeitsagentur und den Handwerks- und Industriekammern einen Runden Tisch ins Leben rufen werde. Ziel sei es, zu prüfen, „ob wir vor

Ort Hemmnisse abbauen können, damit Flüchtlinge arbeiten können“. Als weitere wichtige Aufgabe nannte Jokerst das Gespräch mit den Banken. Bisher bekomme ein Asylsuchender kein eigenes Konto und müsse sein Geld im Heim aufbewahren. Der Bürgermeister wies darauf hin, dass noch mehr Kräfte für den Deutschunterricht nötig seien. Zugleich bemühe sich die Stadt auch darum, Kontakte zu den Vereinen in Bühl herzustellen.

Jokerst rechnet damit, dass die Stadt Bühl in diesem Jahr weitere Flüchtlinge aufnehmen wird. Die Kosten dafür könnten nicht allein der Landkreis und die Kommunen tragen. Allerdings bescheinigte er dem Land Baden-Württemberg, „nicht nur Lippenbekenntnisse“ abzugeben. „Was hier vom Land aus getan wird, ist einfach gut“, kommentierte Jokerst die Unterstützung der grün-roten Landesregierung.

Jokerst erwartet weitere Flüchtlinge

Landtagsabgeordnete Beate Böhlen und Bühler Bürgermeister bei Infoveranstaltung